



PREMIUM SERIE: MITTELMÄCHTE OHNE WELTORDNUNG

Indonesien: jedermanns Freund

GASTBEITRAG von Martin Wiesmann

06.08.2026, 06:15 Lesezeit: 6 Min.



Die Meerenge von Malakka sollte frei bleiben: Schiff der indonesischen Marine. *dpa*

Mittelmächte stehen vor der Herausforderung, die Abhängigkeiten von den Großmächten USA und China zu reduzieren. In einer Serie beleuchten wir, wie einzelne Staaten dies angehen. Nach Saudi-Arabien und Südafrika beschäftigt sich der dritte Teil mit Indonesien.

[Zur App](#)

„Indonesien sitzt auf einer strategischen globalen Handels- und Energieroute“, erklärte der indonesische Finanzminister Purbaya Yudhi Sadewa am 22. April auf einem Infrastruktur-Symposium in Jakarta. Und räsionierte dann darüber, ob Indonesien sich nicht eigentlich mit Malaysia und Singapur eine Transitgebühr durch die Straße von Malakka teilen sollte. Während die Welt und insbesondere Asien mit der ungelösten Lage an der Straße von Hormus zu kämpfen haben, schien ein Regierungsmitglied Indonesiens daran erinnern zu wollen, welches Land den ultimativen Engpass der Weltwirtschaft kontrolliert.

Tatsächlich passieren rund 21 Prozent des globalen Waren- und Güterverkehrs sowie bis zu 25 Prozent des globalen Energiehandels die an ihrer engsten Stelle nur 2,7 Kilometer breite Meerenge, die den Indischen Ozean mit dem Pazifik verbindet. Bevor die internationale Irritation richtig Fahrt aufnehmen konnte, nahm Außenminister Sugiono die Spekulation, Indonesien könnte seine geostrategische Schlüsselposition an der wichtigsten Handelsroute der Welt zu einem geoökonomischen Druckmittel machen wollen, wieder vom Tisch.



Illustration: Sarah Wehrlin

Besonders China ist auf den ungehinderten Verkehr durch die Meerenge angewiesen. 2003 prägte der damalige chinesische Parteichef Hu Jintao den Ausdruck des „Dilemmas von Malakka“. Mehr als 70 Prozent der chinesischen Ölimporte sowie rund 60 Prozent des gesamten Außenhandels gingen seinerzeit durch die Straße von Malakka, ohne dass China sie militärisch oder politisch hätte kontrollieren können. Seither konnte China zwar den Außenhandelsanteil auf unter 20 Prozent reduzieren, die Abhängigkeit von Ölimporten ist mit rund 70 Prozent allerdings noch gestiegen und das strategische Problem damit nicht gelöst: Ist Chinas Dilemma also die geostrategische Trumpfkarte Indonesiens?

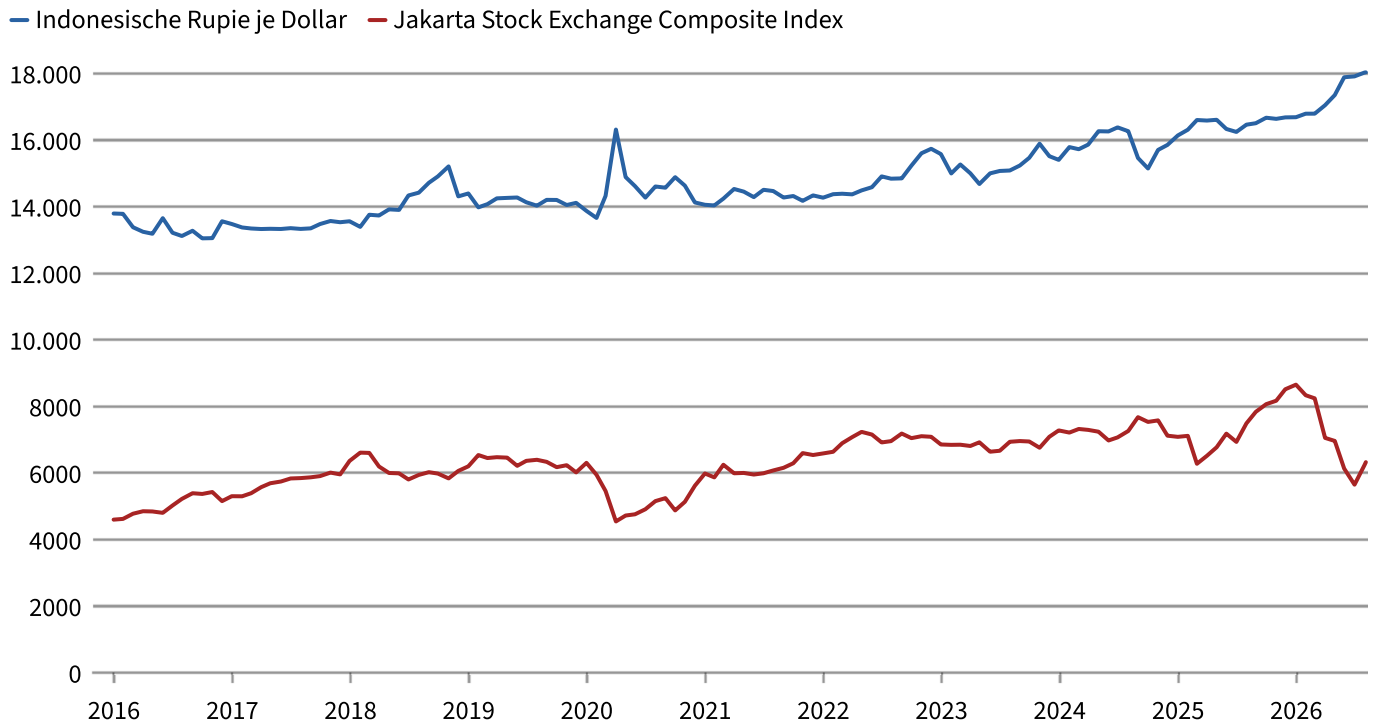
Hüter, nicht Kontrolleur der Straße von Malakka

Tatsächlich teilt die gesamte Region des Indopazifiks das überragende Interesse an einer uneingeschränkt offenen Straße von Malakka, und nicht grundlos war es die australische Regierung, die umgehend zu den Gedankenspielen in Jakarta Stellung bezog. Sieht man von der niederländischen Kolonialzeit ab, ist Indonesien ein Mal Opfer einer militärischen Besetzung gewesen: Im Zweiten Weltkrieg durch Japan, das sich damit die indonesischen Ölvorräte sicherte, um das 1941 durch die USA verhängte Ölembargo zu neutralisieren.

In Zeiten des Kalten Krieges patrouillierten Schiffe der amerikanischen und der sowjetischen Marine durch die Straße von Malakka; heute ist sie zentraler Bestandteil der Taiwan-Eskalationsszenarien zwischen den USA und China. Für Indonesien bedeutet dies: Hüter, nicht Kontrolleur ist die Rolle, die sich aus seiner geostrategischen Position ergibt. Und um nicht vom Hüter zum Opfer zu werden, verfolgt das Land das strategische Ziel, nie in einen militärischen Konflikt hineingezogen zu werden.

Indonesien kommt nur schleppend voran

Indonesische Rupie je Dollar und Jakarta Stock Exchange Composite Index in Rupien



<https://www.faz.net/weltwirtschaft/> / Quelle: Bloomberg / F.A.Z.-Grafik: grün.

Seit 1946 lautet die außenpolitische Doktrin Jakartas „aktiv und unabhängig“: Mit der Ausrichtung der Bandung-Konferenz 1955 wurde Indonesien zu einem zentralen Initiator und Impulsgeber der „Bewegung der Blockfreien Staaten“. In dieser Tradition formulierte 2021 der heutige Präsident und seinerzeitige Verteidigungsminister Prabowo Subianto: „Tausend Freunde, keinen Feind“. Auch die Gründung des in Jakarta sitzenden Bundes der elf südostasiatischen Staaten „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) nach dem Vietnamkrieg basierte auf der Idee, die Länder Südasiens nicht wieder in eine Blockkonfrontation geraten zu lassen. In dieser Logik baut Indonesien beständig an Formaten, die etwa mit ASEAN plus und der „Treaty of Amity and Cooperation“ (TAC) den gesamten Indopazifik in ein Netz von Dialog- und Kooperationsformaten integrieren sollen. Auf globaler Ebene sucht Indonesien den Anschluss in alle Richtungen: 2025 ist es dem Schwellenländerbündnis BRICS beigetreten und hat den Aufnahmeantrag für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD) gestellt. Als einziges G-20-Land Südasiens hat das mit geschätzt mehr als 280 Millionen Menschen größte muslimische Land der Erde Einfluss auf der Weltbühne.

Keine Bindungen an eine Großmacht

Die richtige Balance in dem geopolitischen Zentralkonflikt zwischen den USA und China zu finden, ist für Indonesien bis heute eine außen- wie innenpolitische Herausforderung. Bei der Kritik an Chinas expansivem Vorgehen im süd- und ostchinesischen Meer legt Jakarta Zurückhaltung an den Tag, der Präsident lässt allerdings auch zu, dass sein Kultusminister die gut dokumentierten Ausschreitungen gegen chinesische Bevölkerungsgruppen 1998 rundheraus bestreitet. Mit den USA verbindet Indonesien eine enge Sicherheitspartnerschaft und hält im Rahmen von „Cooperation Afloat Readiness and Training“ (CARAT) sowie dem „Super Garuda Shield“ regelmäßig gemeinsame Militär- und Marineübungen ab. Deren Ausdehnung auf die Straße von Malakka wird jedoch strikt vermieden. Ebenso ist offen, ob den USA die angefragten Überflugrechte über die Meerenge gewährt werden. Dass dieses auch als „hedging plus“ beschriebene strategische Gesamtkunstwerk ausgerechnet von einem amtierenden Finanzminister infrage gestellt wurde, hat nicht nur politisch irritiert.

Internationales Kapital gesucht

Denn Indonesien versucht seit Jahrzehnten, sich auch wirtschaftlich aus Abhängigkeiten zu lösen. Japans Dominanz in Infrastruktur und Sektoren wie der Automobilindustrie machte zunächst nur einer massiv wachsenden chinesischen Präsenz Platz. Stammen bis heute rund 90 Prozent aller Verbrennerautos auf indonesischen Straßen aus Japan, kommt nun jedes zweite Elektroauto aus China. Das 2020 erlassene Exportverbot für Nickel machte China in wenigen Jahren zum dominierenden Großinvestor und -abnehmer in der Verarbeitung des Rohstoffs, ohne jedoch eine ausbaufähige Wertschöpfungskette in Batterieprodukten hervorzubringen. Das jüngst mit der EU geschlossene Handelsabkommen schafft durchaus Anreize für verstärkte Investitionen. Doch für eine echte Diversifizierung und Entwicklung einer eigenen industriellen Basis benötigt Indonesien zwingend einen stabilen Zufluss internationalen Kapitals.

Seit Anfang des Jahres droht dieser allerdings einzufrieren. Minister und hohe Funktionsträger kommen aufgrund von Familienbeziehungen ins Amt, ein ehemaliger Vorzeigeunternehmer bezahlt ein kurzes Engagement als Bildungsminister mit einer drakonischen Gefängnisstrafe. Ein landesweites, zentralistisch aufgesetztes „Free

meal“- Programm soll der ausgeprägten Bildungsarmut unter mangelernährten Kindern und Jugendlichen Indonesiens abhelfen. Völlig überdimensioniert, sprengt es jedoch zusammen mit anderen Maßnahmen den Haushalt und wird überdies zu einer lukrativen Ertragsmaschine für Polizei und Militär.

Die Oligarchen sollen zahlen

Unter Prabowos Vorgänger Jokowi Widodo wurde 2020 mit einer Einlage der indonesischen Regierung die „Indonesia Investment Authority“ (INA) aufgelegt, die mit so renommierten internationalen Investoren wie KKR aus den USA oder ADIA aus den Vereinigten Arabischen Emiraten bis Ende 2025 eine Reihe von Co-Investments in indonesische Infrastruktur finanziert hat. Anders Prabowo: Unter seinem neuen Staatsfonds Danantara wurden alle Staatsbeteiligungen zusammengeführt sowie die indonesischen Rohstoffexporte unter dessen Dach zentralisiert. Zur Finanzierung setzt Prabowo dabei auf eine Kapitalquelle ganz eigener Art: Die sogenannten „neun Drachen“, wie die chinesischstämmigen Oligarchenfamilien in Indonesien bezeichnet werden, wurden zu „Patrioten-Anleihen“ herangezogen, die mit diesen unter Markt verzinsten Papieren einen Beitrag zum sozialen Ausgleich leisten sollten.

Der mit Korruption gepaarte sozialistisch-planwirtschaftliche Voluntarismus des Präsidenten droht Indonesien zurück in die Vergangenheit zu katapultieren. Der Kapitalmarkt präsentiert nun die Quittung: Seit seinem Amtsantritt vor knapp zwei Jahren ist die Rupiah um rund 15 Prozent gefallen und erreichte zwischenzeitlich

einen historischen Tiefstand. Zugleich erlebten die Aktienmärkte einen Rückgang von zeitweise 30 Prozent.

Paradigmatisch für die angespannte Lage in Jakarta sind die widersprüchlichen Einschätzungen der Anhänger des Präsidenten einerseits und seiner wenigen öffentlichen Kritiker andererseits. So sagt Tom Lembong, ehemaliger Banker und kurzzeitig aufgrund eines konstruierten Korruptionsvorwurfs inhaftierter Ex-Investitions- und Handelsminister, einen baldigen Crash des indonesischen Finanzmarktes voraus. Havas Oegroseno, stellvertretender Außenminister und ehemaliger Botschafter Indonesiens in Deutschland, hält demgegenüber die Kritiker für ignorant und die Finanzmärkte von „Emotionen und Narrativen“ getrieben. Selbst enge Berater bezweifeln, dass der Präsident sich zu Korrekturen entschließen wird.

Manche sehen ein neues 1998 heraufziehen, als sich die Finanzkrise zu einer Systemkrise ausweitete. Ein Gesprächspartner erinnert daran, dass der Begriff „Amok“ aus dem Indonesischen stammt. Trotz Ausdehnung seiner exekutiven Befugnisse mag es der Präsident nicht auf eine Machtprobe mit seinem Volk anlegen. Die Konkurrenz zwischen den Eliten aus Wirtschaft, den Sicherheitsapparaten und der Handvoll Familien, die Indonesien seit der Unabhängigkeit regiert haben, wird er auszutarieren suchen. Dies alles löst Indonesiens Strukturprobleme jedoch nicht. So hat der wichtige Aktienindex MSCI Indonesien bereits von einem „emerging“ zu einem „frontier“-Staat herabgestuft. Trotz einer mit rund 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts niedrigen Gesamtverschuldung und eines Wachstums von rund fünf Prozent steht das Investmentgrade-Rating von Standard & Poor's auf der Kippe.

Zum eigenen Schutz sucht die Mittelmacht Indonesien, den Faktor „Macht“ in den komplexen Strukturen seiner radikal blockfreien und auf Dialog mit allen Seiten angelegten Außenpolitik zu neutralisieren. Auf der Weltbühne kultiviert ihr Präsident

die Beziehungen zu Donald Trump, Xi Jinping und Wladimir Putin. Das so dringend benötigte internationale Kapital allerdings wartet derzeit ab. Lässt es der Präsident auf eine Machtprobe mit den Finanzmärkten ankommen, finden sich Alternativen in den dynamischen Märkten der ostasiatischen Wettbewerber.

**Martin Wiesmann**

Martin Wiesmann, früherer Vice Chairman Investment Banking Europa von J.P. Morgan und heute Managing Partner von Berlin Global Advisors, analysiert Strategien, Ressourcen und Abhängigkeiten von Mittelmächten für F.A.Z. Weltwirtschaft vor Ort.

Bild: Privat

Quelle: F.A.Z. [Artikelrechte erwerben](#)



Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2026
Alle Rechte vorbehalten.